

Vereintes Europa : Sozialpolitisches Schreckgespenst oder wundertätige Fee?

Autor(en): **Schunter-Kleemann, Susanne**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **48 (1992)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-844715>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vereintes Europa: Sozialpolitisches Schreckgespenst oder wundertätige Fee?

Welche soziale Sicherheit dürfen wir Frauen im Europa von morgen erwarten? Eine bange, eine hochaktuelle Frage. Anlässlich einer Tagung *'Nach 701 Jahren – muss man die Schweiz neu erfinden?'*, die am 9. und 10. April in der Universität Zürich stattfand, erörterte Frau Prof. Dr. *Susanne Schunter-Kleemann* von der Hochschule Bremen das Thema *'Soziale Sicherheit von Frauen in der Europäischen Gemeinschaft'*. Nehmen wir vorweg: Auch die EG bringt der weiblichen Hälfte der Bevölkerung nicht automatisch die gewünschte und erhoffte Besserstellung, selbst wenn edle Grundsätze noch und noch verkündet und in Richtlinien gegossen werden.

In der Aufspaltung der Arbeit in eine öffentliche und eine private Sphäre, für die die Frauen meist allein – und selbstverständlich unbezahlt – zuständig sind, findet sich wieder einmal die Wurzel aller Übel. Arbeit ausser Haus ist eine geldwerte Leistung, die soziale Ansprüche auslöst, Schuften an Herd und Abwaschtrog bringt bestenfalls den Dank der Familie.

Brüsseler Richtlinien – lokale Umsetzung

Auf dem Papier nimmt sich die EG erfreulich frauenfreundlich aus. Die wichtigsten Richtlinien haben bereits Tradition: Lohngleichheit (1975), Gleicher Zugang zum Beruf (1976), Soziale Sicherheit (1979), Betriebsrente (1986), Mutterschutz (1991) sind Musik in unseren Ohren. Diese fortschrittliche Politik stagniert jedoch, sobald es darum geht, sie auf nationaler Ebene umzusetzen. Denn: Brüssel beschliesst – Lissabon, Dublin usw. übersetzen die Beschlüsse in die Sprache der jeweiligen nationalen Wirklichkeit. Es leuchtet ein, dass skandinavische Selbstverständlichkeiten in Griechenland oder Süditalien Entsetzensschreie auslösen. 'Brüssel' hat jedoch keine Handhabe,

den Lokalpotentaten Beine zu machen.

In den einzelnen Staaten stösst die europäische Sozialpolitik auf unüberwindliche Hindernisse, denn wer hätte bei der Verabschiedung der Richtlinien daran gedacht, dass der Einbezug der Frauen in das soziale Netz Abermilliarden verschlingt? Heute ist dieser Sachverhalt jedem Sozialpolitiker klar, die Kosten der Gleichberechtigung sind unbezahlbar und die Leidtragenden einmal mehr die Frauen.

Der Trick mit der Erwerbsarbeit

Mit Slogans wie *'Geben wir den Frauen etwas weniger, als ihnen zusteht, denn sie sind zu teuer'*, lassen sich heute keine Wahlen mehr gewinnen. Auf dem Umweg über einen restriktiven Erwerbsbegriff erreicht der Sozialpolitiker dasselbe Ziel, allerdings etwas vernebelt. Bezugsberechtigt ist nur, wer eine lückenlose Erwerbsarbeitsbiographie aufweist, ein Anspruch, dem der Grossteil der Frauen nicht genügt; teilzeitliche oder unregelmässige Erwerbsarbeit lösen keine entsprechenden Sozialleistungen aus. *'Plus ça change, plus c'est la même chose'*, formulieren es die Franzosen treffend; in der So-

zialpolitik bleibt Frau ein Anhängsel des Familienvaters. Übrigens: Europäische Frauen teilen ihr Schicksal mit Hunderten von Millionen Leidensgenossinnen und -genossen weltweit, denn in der Dritten Welt sind Kranken- und Unfallversicherungen, Altersvorsorge usw. in der Regel mit der Ausübung einer bezahlten Arbeit verknüpft, Arbeitslose und Schwarzarbeiterinnen und -arbeiter gehen leer aus, frei nach dem Motto: 'Wer hat, dem wird gegeben'.

Abbau von Wohlstandsdifferenzen und Kontrolle der Abhängigkeitsverhältnisse

Zu den Aufgaben des modernen Sozialstaates gehört der Abbau von Wohlstandsdifferenzen. Trotz juristischer Anstrengungen auf höchster Ebene in Brüssel ist hier keine Verbesserung der Lage der Frau sichtbar: Quer durch alle EG-Länder sind die Frauen finanziell schlechter gestellt als die Männer. Gilt es neue Ressourcen zu verteilen, geht der Hauptteil an die Männer, für die Frauen bleiben die Brosamen. Insbesondere bestehen bis anhin folgende Diskriminierungen weiter:

- Unter- oder Minderbewertung der Frauenarbeit,
- Abwertung der weiblichen Arbeitsleistung, Minderbewertung ihrer Erwerbsarbeit und Nicht-Bezahlung der Familienarbeit,
- Erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt,
- Verharmlosung der Gewalt gegen Frauen,
- Sexuelle Verfügbarmachung der Frauen.

Im Klartext: Auch die Abhängigkeitsverhältnisse leben munter fort.

Zur Zeit ist die Weltwirtschaftslage alles andere als rosig, der Kuchen, den wir verteilen können, wird zusehends kleiner. Eine bescheidene optimistische Note ist dennoch angebracht. Theoretisch könnte sich Frau auf die Richtlinien berufen, welche die Gleichberechtigung zum Leitgedanken erheben – als Ideal wenigstens ist die gerechte Gesellschaft unbestritten. Das war auch schon anders.

CH: Wo sind die jugendlichen Forscherinnen?

Im Rahmen der Ausstellung 'Heureka' fand letzten Sommer der 25. Wettbewerb 'Schweizer Jugend forscht' statt. Nun stellt die Stiftung in ihrem Jahresbericht die prämierten Arbeiten vor: Von 90 eingereichten Wettbewerbsarbeiten wurden 49 zur Teilnahme am nationalen Wettbewerb zugelassen. Wieder einmal sind die Mädchen krass untervertreten. Nur 12 Arbeiten stammen von jungen Frauen (eine davon eine Gemeinschaftsarbeit junge Frau / junger Mann). 2 Teilnehmerinnen und 17 Teilnehmer erreichten das Prädikat 'hervorragend'. Frauen untersuchten Probleme aus den Bereichen Natur (Tiere/Pflanzen), Sprache, Musik, Energiesparen, Sport, Personalführung; keine einzige wagte sich auf die Minenfelder Technik oder Informatik hinaus. Bei aller Freude über die eingereichten Arbeiten drängen sich grundlegende Fragen auf: Was läuft wo schief, dass sich die jungen Mädchen von diesen, für unsere Gesellschaft so grundlegenden Bereichen fern halten? Wie kommt es, dass die Mädchen zwar sehr gut, aber seltener 'hervorragend' arbeiten als die jungen Männer?